



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

79. Sitzung (öffentlich)

19. Januar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens	1
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6259	
Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform abzugeben.	
2 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)	1
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/5987	
Der Ausschuss verständigt sich darauf, trotz positiver Grundtendenz kein Votum an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform abzugeben.	

- 3 Das Kindeswohl muss Vorrang haben - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention - Minderjährige Flüchtlinge im Sinne der Kinderrechtskonvention behandeln** 2
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6213 - Neudruck -
In Verbindung damit:
- Nordrhein-Westfalen für Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention**
- Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6278
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/6213 - Neudruck -, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.
- Eine Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der Grünen, Drucksache 13/6278, erfolgt im federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform.
- 4 Budgetierungsverfahren für Ausbildungsplätze in der Altenpflege** 3
- Vorlage 13/3173
- Diskussion
- 5 „Den Menschen pflegen - nicht die Bürokratie!“ - Bürokratieabbau in der Pflege** 8
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6087
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

- 6 Vermeidung von Spätabtreibungen - Beratung vor, während und nach der Pränataldiagnostik** 13
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1740
- Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung im AGS erst kurz vor der Schlussabstimmung im federführenden Ausschuss für Frauenpolitik durchzuführen.
- 7 Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)** 18
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6099
- Der Gesetzentwurf soll um folgenden Satz ergänzt werden: „Die Kosten des Krebsregisters einschließlich der Vergütung für die Meldungen trägt das Land, soweit sie nicht von anderen Stellen getragen werden.“
- 8 Notfallplan für eine mögliche Grippepandemie** 20
- Sachstandsbericht von StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF)
 - Diskussion

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt **Rudolf Henke (CDU)** klar, dass seine Fraktion für diese AGS-Sitzung eine Akutelle Viertelstunde zum Thema Brustkrebszentren nicht mehr beantragen können, da die Frist hierfür nach der Pressekonferenz von Ministerin Fischer, in der sie die Öffentlichkeit über die Anerkennung von Kliniken und Klinikverbänden als Brustzentren informiert habe, abgelaufen gewesen sei.

1 **Gesetz über die Stiftung eines Gefahrenabwehr-Ehrenzeichens**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6259

Vorsitzender Bodo Champignon teilt mit, dieser Gesetzentwurf, der eine ausführliche schriftliche Begründung enthalte, sei vom Plenum am 9. Dezember 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung an den AGS überwiesen worden. Der federführende Ausschuss wolle am 20. Januar 2005 abschließend beraten. Es stelle sich die Frage, ob der AGS ein Votum abgeben wolle.

Michael Scheffler (SPD) meint, man könne auf die Abgabe eines Votums verzichten, und verweist auf den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Änderung der Bezeichnung „Gefahrenabwehr-Ehrenzeichen“ in „Katastrophenschutz-Ehrenzeichen“.

Vorsitzender Bodo Champignon stellt auf Nachfrage fest, dass der AGS kein Votum an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform abgeben wolle.

2 **Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorsitzender Bodo Champignon weist darauf hin, dass dieser Gesetzentwurf, der ebenfalls eine ausführliche schriftliche Begründung enthalte, vom Plenum am 7. Oktober 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung u. a. an den AGS überwiesen worden sei. Auch zu diesem Gesetzentwurf wolle der federführende Ausschuss am 20. Januar 2005 abschließend beraten. Der AGS habe Gelegenheit, dazu ein Votum abzugeben.

Grundsätzlich begrüße seine Fraktion diesen Gesetzentwurf zwar, so **Josef Wilp (CDU)**, sie verzichte aber auf die Abgabe eines Votums, da der federführende Innenausschuss noch die Anregungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer und des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen zur Präzisierung und Verbesserung des Entwurfs aufnehmen wolle.

Auch **Michael Scheffler (SPD)** ist dafür, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten. Man sei sich bei diesem Thema offensichtlich einig.

Vorsitzender Bodo Champignon stellt auf Nachfrage fest, dass der AGS trotz positiver Grundtendenz kein Votum an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform abgeben wolle.

3 Das Kindeswohl muss Vorrang haben - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention - Minderjährige Flüchtlinge im Sinne der Kinderrechtskonvention behandeln

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6213 - Neudruck -

In Verbindung damit:

Nordrhein-Westfalen für Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6278

Diese beiden Anträge, so **Vorsitzender Bodo Champignon**, habe das Plenum am 24. November 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen. Mitberatend sei u. a. der AGS, der den Entschließungsantrag zwar in seine Beratungen einbeziehen und gegebenenfalls auch ein Meinungsbild hierzu transportieren könne, die Abstimmung über den Entschließungsantrag erfolge aber im federführenden Ausschuss.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) bittet um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion, der mit der FDP-Bundestagsfraktion abgestimmt sei, und führt als Begründung die Überfälligkeit der Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention an.

Michael Scheffler (SPD) hält den FDP-Antrag teilweise für eine Mogelpackung: Als Partner in Bundes- und Landesregierungen habe die FDP immer eine andere Politik vertreten. Die nordrhein-westfälische FDP-Fraktion möge darauf hinwirken, dass die FDP-Bundestagsfraktion und die Landesregierungen mit FDP-Beteiligung im Bundesrat